

Fall Dehn

Beschluß des Hauptausschusses der Deutschen Studentenschaft anläßlich des Grazer Studentenlagers.

Der Herr Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat den Pfarrer D. G. Dehn auf den Lehrstuhl für praktische Theologie an der Universität Halle berufen. Die Deutsche Studentenschaft stellt in Uebereinstimmung mit der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg fest, daß die Person des Herrn Dehn für die Deutsche Hochschule untragbar ist und fordert die sofortige Entfernung des Herrn Dehn aus dem Lehrkörper der Universität Halle.

Stellungnahme der Deutschen Studentenschaft Halle

Seit über einem Semester hat sich die Deutsche Studentenschaft der Universität Halle ernstlich bemüht, Rektor, Senat und hallische Professorenschaft zu überzeugen, daß ein deutscher Student niemals einen Lehrer und Führer anerkennen kann, der in der Zeit des tiefsten Niederganges unseres Volkes Worte pazifistischer und marxistischer Tendenz auf Kanzel und Katheder im Munde führt. Sie hat versucht, die Professorenschaft davon zu überzeugen, daß jeder deutschdenkende und deutschfühlende Volksgenosse einem Manne, der dem Opfertode unserer gefallenen Kommilitonen und Frontkämpfer mit Zweifeln begegnen, glühenden Haß und tiefste Verachtung entgegensetzen muß. Sie hat versucht, die Professorenschaft davon zu überzeugen, daß ein Mann, der der Kriegsdienstverweigerung Rechte einräumt, schwerstes Verbrechen gegen Volk und Vaterland begeht.

Die Deutsche Studentenschaft hat der Professorenschaft immer wieder zugerufen, daß die Berufung des Pfarrers D. Dehn auf einen hallischen Lehrstuhl durch den preußischen Kultusminister Grimme aus parteipolitischen Motiven unter Umgehung der Wünsche der Fakultät die schärfste Mißbilligung aller akademischen Kreise herausfordern muß. Sie hat deshalb die sofortige Zurücknahme des Rufes gefordert und in Uebereinstimmung mit dem Verband der Deutschen Hochschulen verlangt sie die Wiederherstellung des freien Vorschlagsrechtes der Fakultäten.

Die Deutsche Studentenschaft hat versucht, die Professorenschaft zu überzeugen, daß die schärfste Opposition einem Manne gegenüber zu ergreifen ist, der von der Heidelberger Theologischen Fakultät als nicht geeignet für die deutsche Hochschule abgelehnt wird, der unter Gewissenszwang von der Theologischen Fakultät der Universität Halle als am ehesten tragbar unter vier noch unmöglicheren Kandidaten bezeichnet wird und der nach dem Spruch des Evangelischen Konsistoriums der Mark Brandenburg „rechte Besonnenheit vermissen läßt“ und „Worte gebraucht, die zu bedauerlichen Mißverständnissen führen und begreifliche Erregung hervorrufen“.

Rektor, Senat und Professorenschaft haben die Stichhaltigkeit der Forderungen der Deutschen Studentenschaft nicht anerkannt. Sie haben nichts getan, die schwere Schädigung

abzuwenden, die das Ansehen der weit über Deutschlands Grenzen bekannten Theologischen Fakultät durch die Berufung D. Dehns erleiden muß. Rektor und Senat haben geglaubt, durch das Verbot des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes den stärksten Rufer und Mahner für deutsche Ehre und deutsches Wesen mundtot und die Studenten gefügig zu machen. Sie haben geglaubt, durch Polizeiaktionen und durch Drohung mit Gummiknüppelattacken und unter Hinweis auf die wirtschaftliche Not der Studenten den Studenten den Willen zur Tat rauben zu können. Nichts von alledem haben sie erreicht; denn die deutsche Jugend hielt es stets für die höchste vaterländische Pflicht ihrer Lehrer, sie immer wieder, zu jeder Zeit und jeder Stunde, auf ihre kommenden Aufgaben hinzuweisen und ihnen einzuhämmern, daß die Jugend einst den Mut, die Kraft und die Energie aufbringen muß, daß Sklavenjoch zu zerbrechen und das deutsche Volk einem besseren Morgen entgegenzuführen.

Rektor und Senat schlagen aber diesem Verlangen der deutschen Jugend ins Gesicht, indem sie ihre schützenden Hände über einen ausoktronierten Dozenten halten, anstatt sich an die Spitze der Studentenschaft zu stellen und mit ihr den Kampf gegen die volk- und vaterlandverseuchende pazifistisch-marxistische Pest zu Felde zu ziehen. Da die deutsche Studentenschaft ihre Anschauungen, ihre freien Willensäußerungen und ihre akademische Daseinsberechtigung aufs schwerste bedroht fühlt, sieht sie sich gezwungen, über das vom Rektor gelegentlich empfohlene Mittel des Bonkotts der Vorlesungen noch hinauszugehen und gegebenenfalls die Universität halle zu verlassen. Die Verantwortung für die Folgen trägt die Professorenschaft, der Rektor und der Senat der Universität der Universität, die es für gut befunden haben, einem unmöglichen Manne den Frieden und das Wohl einer altehrwürdigen Universität mit ruhmvoller Tradition zu opfern.